

Kolleginnen und Kollegen

Der 1. Mai bleibt auch in Corona Zeiten unser Gewerkschaftstag.

Wir müssen auf der einen Seite deutlich machen:

-den im Grundgesetz verankerten Sozialstaat würde es ohne uns nicht geben.

-gleichzeitig müssen wir ständig dafür kämpfen, dass er auch in der betrieblichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit umgesetzt wird.

Gerade Ihr hier in den vom Strukturwandel besonders hart getroffenen Ruhrgebietsstädten wißt dies am besten.

Die Spaltung in unserer Gesellschaft schreitet voran:

-die Schere zwischen arm und reich wird immer größer;

-die Corona Pandemie zeigt dies wie in einem Brennglas;

-Die Zahl der Niedriglöhner ist nach wie vor alarmierend hoch;

und damit die **Ungleichheit und ich sage auch Ungerechtigkeit bei den Einkommen.**

Daran hat sich auch in der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren bis Corona wenig geändert.

Im Gegenteil: Im letzten Corona Jahr hat sich dies noch weiter verschärft.

Langzeitarbeitslose – vor allem in höherem Lebensalter und mit Behinderung- haben immer weniger Chancen für Arbeit, Einkommen und Soziale Sicherheit.

Und wie sieht es mit den jungen Menschen aus:

Herkunft und Bildung der Eltern entscheiden nach wie vor über die Zukunft.

Mit den sozialpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung hat sich daran wenig geändert

im Gegenteil: die soziale Spaltung und das Armutsrisiko teilweise bis zur Mitte der Gesellschaft nehmen weiter zu.

Die rigorose Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten hat zu massivem Sozialabbau geführt.

Viele Menschen gerade hier im Ruhrgebiet müssen persönlich diese bitteren Erfahrungen durchleben.

Reregulierung auf dem Arbeitsmarkt

Die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt muss gestoppt werden.

Erforderlich ist nicht die Deregulierung sondern die Reregulierung des Arbeits- und Sozialrechts

Arbeitslosigkeit ist zu bekämpfen; prekäre Arbeit durch reguläre Vollzeit und Teilzeit Arbeit zu ersetzen.

Mindestlohn

Der gesetzliche Mindestlohn muss spürbar angehoben werden.

Mit der jetzt vorgesehenen Erhöhung auf 10Euro45 bis 2022 wird nicht einmal die Armutsgrenze in der EU von 60 Prozent des Mittleren Einkommens erreicht.

Wir brauchen die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes auf mindestens 12 Euro in der Stunde mit jährlicher Dynamisierung!

Ebenso erforderlich ist die Einführung eines Mindest Kurzarbeitergeldes:

Menschen aus Niedriglohnbereichen, die in der Pandemie das niedrigere Kurzarbeitergeld beziehen, dürfen nicht in der sozialen Spirale noch weiter nach unten gedrückt werden.

Arbeitsmarktförderung

Zuallererst muss der Abbau der Arbeitsmarktförderung gestoppt und vor allem die Qualifizierung ausgebaut werden;

die Vergabe von Vermittlungsgutscheinen an externe, gewinnorientierte Dienstleister ist zu begrenzen

Ein-Euro-Jobs sind durch öffentlich geförderte Beschäftigung mit Sozialversicherungspflicht zu ersetzen.

Arbeitgeber*innen müssen für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung durch die Anhebung der Beschäftigungspflichtquote und der Ausgleichsabgabe in die Pflicht genommen werden.

Für schwerbehinderte Menschen sind qualifizierte Integrationsfachdienste unverzichtbar.

Vermögensverteilung

Nach wie vor bleiben unsere Forderungen

nach Anhebung der Unternehmenssteuern sowie des Spitzensteuersatzes;

Schließung der ungerechten Lächer bei der Erbschaftssteuer;

Wiedererhebung der Vermögenssteuer; Einführung einer Finanztransaktionssteuer;

Darüberhinaus fordern wir eine einmalige und **zweckgebundene Vermögensabgabe** zur Finanzierung der Corona bedingten Sonderausgaben.

Der Solidaritätszuschlag ist über das Jahr 2020 hinaus beizubehalten. Damit ist die Finanzausstattung von Ländern und Kommunen zu verbessern

Mindestsicherung

Die befristete Aussetzung der Vermögensprüfung sowie die Übernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung sind zu unterstützen;

Sie müssen jedoch dringend verlängert werden. Dies ist nicht nur ein Gebot des Sozialstaatsprinzips im Grundgesetz

sondern eine unabdingbare Gegenleistung für die oft jahrzehntlang geleisteten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Richtig ist auch, dass Familien trotz Schließung der Schulen und Kitas ein kostenloses Mittagessen für ihre Kinder erhalten können.

Die Praxis zeigt jedoch, dass nicht alle Kommunen diese Vorgabe erfüllen (können).

Erforderlich ist statt einer Sach-, eine Geldleistung, die Familien unbürokratisch gewährt werden sollte.

Der Gesetzgeber hat mit der vorgesehenen einmaligen Zahlung im Mai 2021 von 150 Euro eine gezielte Entlastung von einkommensschwachen Haushalten vorgesehen.

Dies reicht jedoch bei Weitem nicht aus, um die tatsächlichen Bedarfe nach über einem Jahr Pandemie zu decken.

Die Auszahlung im Mai kommt auch viel zu spät.

Dringenden Handlungsbedarf zeigt das jüngste Urteil des Bundesozialgerichts: danach hat ein Hartz IV Empfänger Anspruch auf 20 FFP2-Masken als Sachleistung oder pro Monat 129 Euro Geldleistungen.

Wir bleiben bei unserer Forderung auch im Rahmen eines breiten Bündnisses von Gewerkschaften und Sozialverbänden:

Die Regelsätze in der Grundsicherung sind spürbar anzuheben und ungerechte Ausnahmeregelungen abzuschaffen.

Zudem ist für die zusätzlichen Corona Ausgaben 100 Euro im Monat drauf zu legen.

Wohnen

Wohnen wird immer mehr zu einem ein Armutsrisiko.

Wie wir leidvoll gerade in Berlin erfahren haben, ist die Initiative des Berliner Senats zum Mietenstopp, Obergrenze der Mieten bei Neuvermietung und gesetzlichem Verbot übermäßiger Mietsteigerungen im sog. „Berliner Mietendeckel“ durch einen Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes gekippt worden.

Jetzt muss über den Bundesrat ein „Mietendeckel“ bundesweit eingeführt werden.

Wir erleben doch gerade:

Der Bund bei der mit großen Löchern versehenen Mietpreisbremse als Tiger gesprungen, aber als Bettvorleger gelandet.

Es ist doch nur noch ein Skandal

Auf der einen Seite haben wir übermäßige Steigerung der Mieten und sonstigen Wohnkosten;

Auf der anderen Seite wurde der soziale Wohnungsbau drastisch eingeschränkt- von über 4 Millionen vor der deutschen Einheit auf jetzt knapp über 1 Million.

Dies ist dringend umzukehren.

Bund und Länder sind in der Pflicht den sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau mit bezahlbaren Mieten durch ausreichende öffentliche Förderung auszubauen.

Unverzichtbar ist und bleibt die Barrierefreiheit im öffentlichen, aber auch privaten Wohnungsbau.

Bei bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum ist das Defizit besonders gravierend.

Armut im Alter

In den vergangenen Jahren sind einige Verbesserungen in der Rentenpolitik erfolgt – insbesondere die Haltelinie bei einem Rentenniveau von 48 Prozent, das ansonsten weiter drastisch abgefallen wäre.

Dies ist jedoch noch lange nicht ausreichend, um die massenhaft drohende Altersarmut zu verhindern.

Wir fordern die Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 50 Prozent Netto vor Steuern.

Die gesetzliche Altersrente muss wieder maßgeblich den Lebensstandard absichern.

und nicht nur mit einer unsicheren und teuren kapitalgedeckten Zusatzversorgung.

Dies ist kein Almosen des Staates, sondern das grundgesetzlich geschützte Recht der Menschen.

Sie haben Zeit ihres Arbeitslebens hohe Pflichtbeiträge und Steuern für die Altersrente gezahlt.

Auch die Grundrente entspricht einer langjährigen Forderung von uns als Gewerkschaften.

Allerdings sind Ausgestaltung und Auszahlung alles andere als zufriedenstellend.

Vor allem ist die schwer umsetzbare und ungerechte Einkommensprüfung abzuschaffen;

Gerade sie führt nicht nur zu einer erheblichen Verzögerung der Auszahlung.

Sie widerspricht dem erklärten Ziel der Anerkennung von Lebensleistung.

Gerade Erwerbsminderungsrentner sind nach den erheblichen Leistungsverflechterungen der letzten Jahre von Altersarmut betroffen.

Die jetzt vorgesehenen Verbesserungen für Erwerbsminderungsrenten sind längst überfällig.

Wir müssen uns als Gewerkschaften auch weiterhin dafür einsetzen: Verbesserungen darf es nicht nur für Neurentner geben.

Sie müssen ebenfalls für die Millionen Bestandsrentner eine Existenzgrundlage bieten.

Armut bei Frauen

Von Armut gefährdet sind auch weiterhin Alleinerziehende und ältere Frauen.

Die seit vielen Jahren beklagte Lohnlücke der Frauen bis zu 25 Prozent führt zu einer noch größeren Rentenlücke von über der Hälfte.

Dies ist eng verknüpft mit der Gegenposition, nämlich der weit klaffenden Lücke in der unbezahlten sog. Sorgearbeit für die Familie.

Die Folge ist weiterhin das hohe Ausmaß von etwa 7 Millionen Minijobs, davon zwei Drittel für Frauen.

Ein nicht endender arbeitsmarkt- und rentenpolitischer Skandal zu Lasten der Frauen.

Für ihre Aufopferung in den vielen schlecht bezahlten und belastenden Minijobs gehen sie bei der Rentenversicherung leer aus und müssen häufig den Gang zum Sozialamt antreten.

Zudem gibt es für sie auch kein Kurzarbeitergeld, wenn sie gerade in der Corona Pandemie ihre Tätigkeit häufig in personenbezogenen Dienstleistungen nicht ausüben können.

Höchste Priorität hat daher auch weiterhin unsere Forderung nach Ersatz der Minijobs durch reguläre Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung.

Darüberhinaus ist eine gerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in den Paarbeziehungen der Familien unerlässlich.

Erforderlich sind auch Entgeltersatzleistungen für Pflegezeiten. Damit können pflegende Frauen besser abgesichert und Männer ermutigt werden, Pflegeaufgaben zu übernehmen

Gesundheit/Pflege

Mit Sorge müssen wir feststellen:

Die steigenden finanziellen Belastungen der Pflegebedürftigen sind ein weiteres erhebliches Armutsrisiko.

Unsere langjährige Forderung nach Einführung einer Pflegevollversicherung hat gerade in der Corona Pandemie zunehmende Dringlichkeit.

Der weit überwiegende Teil der Pflegeleistungen erfolgt im eigenen Wohnumfeld und Haushalt.

Dies stellt erhebliche Anforderungen an die pflegenden Angehörigen.

Entscheidend ist daher die Entlastung der Angehörigen.

Dazu leistet das seit Januar 2020 geltende Angehörigen Entlastungsgesetz einen wichtigen Beitrag.

Erforderlich ist darüberhinaus die Ausweitung der professionellen ambulanten Pflege.

Schlußbetrachtung

Kolleginnen und Kollegen:

Für uns gilt an diesem 1.Mai 2021:

Die seit über einem Jahr anhaltende Corona Pandemie zeigt mit aller Deutlichkeit

Der sozialstaatliche Konsens in unserer Gesellschaft muss erneuert und gefestigt werden.

Dies ist eine unserer wichtigen Gewerkschaftsaufgaben, die wir nach innen und außen tragen müssen!